

Original : AY ¹⁰Kopien : BRF JAC DD KJP SIN RUE DY KT ER LA PB SRU AJ MA SFR
FN AX WOK CFR WI GWB GH RAE

Kopie nach Kenntnisnahme vertraulich vernichten :

budapest, 23. oktober 1989

145 hnhhh

v e r t r a u l i c h

politischer bericht nr. 18an politischer dokumentationsdienst, politisches sekretariat eda
kopie an herrn botschafter silvio arioli, bawi
herrn r. loretan, pers. mitarbeiter von herrn br kollerdurchbruch zum demokratischen rechtsstaat in ungar / minderheit
der organisierten opposition als innenpolitischer stoerfaktor in
der frage der staatspraesidentschaftdie arbeiten zur gesetzlichen und verfassungsrechtlichen umgestal-
tung des politischen und gesellschaftlichen systemes in ungar ka-
men letzte woche anlaesslich einer entscheidenden parlamentssession
zuegig voran.die session hat die erwartungen weitgehend erfuellt, die man nach
dem zustandekommen der gesellschaftlich breit abgestuetzten verein-
barung ueber einen friedlichen uebergang zu einem demokratischen
rechtsstaat vom 18. september 1989 (vergl. p.b. nr. 15) und ebenso
nach dem letzten kongress der ungarischen einheitspartei in sie ge-
setzt hatte.ein besonders markantes ergebnis der session war auch die ausrufung
der republik. die bezeichnung ''volksrepublik'' ist jetzt entfallen.
fortan soll also wieder eine klare unterscheidung zwischen staat
und gesellschaft gemacht werden. heute, am 23. oktober, soll noch
einmal im rahmen einer offiziellen feier zum andenken an den aus-
bruch des aufstandes von 1956 die republik oeffentlich proklamiert
werden.nur zwei von den vielen vorlagen, ueber die das parlament letzte
woche zu befinden hatte, gaben ueberhaupt zu groessern debatten
anlass: die modalitaeten der parlamentswahlen und die wahl eines
neuen staatspraesidenten.

kopie ging an: bawi, botschafter silvio arioli

hr. loretan

der gesetzesvorschlag fuer die parlamentswahlen sah eine kombination von majorz- und proporzwahl vor. in der diesbezuglichen debatte ging es vor allem um die anzahl der mandate, die nach den beiden wahlmodalitaeten vergeben werden sollen. die urspruenglich auf 152 fixierte anzahl von majorzmandaten wurde schliesslich auf 176 erhoert, was etwas weniger als der haelfte aller parlamentsmandate entspricht. nach dieser korrektur wurde auch dieses gesetz angenommen, wodurch der weg fuer erste freie wahlen in der ersten haelfte des kommenden jahres freigelegt ist.

die frage der wahl eines neuen staatspraesidenten blieb hingegen ungeloeset. es geht um die frage, ob der neue staatspraesident, der mit bestimmten exekutivkompetenzen ausgestattet sein wird (aufloesung des parlaments, ernennung des ministerpraesidenten, oberkommandierender der armee), zum ersten mal in direkter oder indirekter (durch das parlament) wahl auserkoren werden soll.

nach einem fruere parlamentbeschluss sollte die neue verfassung die indirekte wahl des staatspraesidenten vorsehen. an diesem prinzip will man nach wie vor festhalten. bei den nachtraeglichen vermittlungsverhandlungen zwischen einheitspartei und opposition, die zur vereinbarung vom 18. september fuehrten, kam man indessen ueberein, dass der erste neue staatspraesident ausnahmsweise schon vor den parlamentswahlen durch das volk gewaehlt werden sollte. ein derart gewaehlter staatspraesident koennte, so wurde der beschluss begruendet, in der gegenwaertigen uebergangsphase einen stabilisierenden faktor bilden und am ehesten fuer einen geordneten uebergang zum parlamentarischen regierungssystem besorgt sein.

zwei kleinere oppositionsparteien, die freidemokraten (szdsz) und die jungdemokraten (fidesz) sprachen sich schon am 18. september gegen diese ausnahmeregelung aus und weigerten sich bekanntlich auch, die vereinbarung mitzuunterzeichnen. mit erfolg lancierten sie daraufhin eine unterschriftensammlung, um u.a. in der frage der praesidentenwahl ein referendum zu erzwingen. in kurzer zeit vermochten sie etwa die doppelte unterschriftenzahl zusammenzubringen, die fuer ein referendum erforderlich ist.

das parlament, das mit stark ueberwiegender mehrheit auch die frage der praesidentschaft im sinne der vereinbarung vom 18. september geloeset sehen moechte, hatte dieser rechtslage rechnung zu tragen. die gesetzesvorlage ueber die direkte wahl eines staatspraesidenten wurde dennoch bereinigt. indessen wird das parlament am 30. oktober zu einer weitem session zusammentreten, um das ergebnis der unterschriftensammlung zu erwahren und ueber die korrekte durchfuehrung einer vorgezogenen praesidentschaftswahl, woran es nach wie vor festhaelt, zu befinden. aller wahrscheinlichkeit nach wird der stimmbuerger mit einer doppelfrage konfrontiert werden: zum einen mit der frage einer erstmals direkten oder indirekten wahl und zum andern ueber den von ihm bevorzugten praesidentschaftskandidaten, falls er der direkten wahl zustimmt.

drei praesidentschaftskandidaten sind bis jetzt vorgeschlagen worden: der bekannte reformist und staatsminister imre pozsgay als kandidat der usp, justizminister kalman kulcsar als kandidat der volksfront (vormalige parteiabhaengige massenorganisation, neuerdings aber ebenfalls stark reformorientiert) und der historiker lajos fuer als kandidat des ungarischen demokratischen forums, der bedeutendsten und staerksten oppositionellen formation.

wegen der eingetretenen komplizierung des wahlverfahrens soll die volksbefragung nunmehr erst anfangs dezember statt, wie urspruenglich vorgesehen ende november stattfinden. wer unter den drei kandidaten das rennen machen wird, ist zur zeit ziemlich offen. alle drei gelten als hervorragende persoenlichkeiten. ausschlaggebend duerfte fuer die wahl sein, ob die mehrheit der waeblerschaft einem kandidaten des vormaligen machtsystems oder eher einem vertreter der opposition den vorzug geben will.

in letzterem liegen denn auch die beweggruende, die die beiden genannten oppositionellen kleinparteien zur lancierung ihrer unterschriftensammlung veranlassten. sie gelten als weit radikaler als andere oppositionsparteien, so namentlich das demokratische forum. letztere treten fuer einen besonnenen und moeglichst eintraechtigen systemuebergang ein, der namentlich den innen- und aussenpolitischen realitaeten rechnung traegt. die beiden oppositionellen kleinparteien dagegen optieren klar fuer einen radikalen bruch mit der vergangenheit. eine indirekte praesidentenwahl nach der wahl eines neuen parlaments wuerde nach ihrem kalkuel die chancen eines oppositionellen kandidaten erheblich vergroessern. und bei allem geht es diesen beiden auch um politische profilierung, die ihnen angesichts der vormachtstellung des demokratischen forums auf seiten der opposition nicht leicht faellt.

p. wipfli

ambasutisse